

777. 116

Kopie für an Bx

Protokoll der verwaltungsinternen Aussprache über die Sommerzeit

Ort und Zeit : Freitag, 31. März 1978, 1400 Uhr, Bernerhof/Zimmer 238

Teilnehmer	: Boehringher Markus	Eidg. Finanzverwaltung
	Blankart Franz	Integrationsbüro EPD/EVD
	Egger Anton	" " "
	Perlstein André	Eidg. Amt für Messwesen
	Piller Otto	" " " "
	Zürcher Erwin	Eidg. Amt für Verkehr
	Jaisli Max	Eidg. Luftamt
	Raschle Paul	GD PTT
	Zurflüh Robert	" "
	Figini Emilio	GD SBB
	Kägi Willy	" "

Vorsitz : Boehringher Markus

Protokoll : Piller Otto

Die Sitzung wird 1410 Uhr eröffnet. Herr Boehringher orientiert über die gegenwärtige Situation im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmung über das Zeitgesetz. Ein Aktionskomitee gegen das Zeitgesetz, resp. gegen die Einführung der Sommerzeit in der Schweiz, hat sich unter dem Präsidium von Herrn Nationalrat Rüttimann, Aargau, gebildet. Bereits wurde von diesem Komitee ein Referentenführer herausgegeben, und laufend erscheinen in der Schweizerpresse Artikel gegen die Einführung der Sommerzeit. Herr Boehringher führt weiter aus, dass es in Europa drei Blöcke gebe, in denen unterschiedliche Regelungen in Bezug auf die Sommerzeit bestehe und streicht hervor, dass Europa mit Interesse den Ausgang der Abstimmung vom 28. Mai verfolge, würde doch eine Annahme die Harmonisierungsbestrebungen innerhalb dieser drei Blöcke wesentlich beeinflussen. Herr Boehringher stellt den Anwesenden anschliessend folgende drei Fragen:

1. Welches sind die Argumente für und gegen die Sommerzeit?
2. Soll sich der Bundesrat resp. die Verwaltung aktiv im Abstimmungskampf für die Sommerzeit engagieren?
3. Welchen Umfang soll gegebenenfalls dieses Engagement aufweisen?

In der anschliessenden Diskussion spricht sich Herr Jaisli gegen die Einführung der Sommerzeit aus. Er erklärt, dass wegen des Nachtflugverbotes der schweizerischen Luftfahrt bei Einführung der Sommerzeit fast nur Nachteile entstehen würden.

Herr Figini erklärt, dass die Bildung einer "Zeitinsel Schweiz" für die SBB sehr negative Folgen mit sich bringen würde und spricht sich für das Zeitgesetz aus.

Herr Zurflüh und Herr Raschle sind der Meinung, dass der PTT auf einer "Zeitinsel Schweiz" grosse Probleme namentlich in der Postzustellung erwachsen würden. 90 % der Post werden mit der Bahn transportiert und die internationale Postzustellung würde verzögert. Herr Raschle führt weiter aus, dass z.B. die NZZ, der Tagesanzeiger usw. kaum mehr zur Zeit in den Tessin transportiert werden könnten.

Für Herrn Perlstain ist es besonders wichtig, dass die Schweiz eine legale Zeit erhält. Er ist der Meinung, dass bei einer allfälligen Ablehnung der jetzigen Vorlage ein neues Zeitgesetz ohne Sommerzeit geschaffen werden muss. Im weitem orientiert er, dass das Amt für Messwesen bereits einige Zeitungsartikel pro Zeitgesetz ausgearbeitet hat.

Herr Blankart ist der Meinung, dass die Bildung einer "Zeitinsel Schweiz" für die Handelsabwicklungen innerhalb Europa Erschwerungen mit sich bringen würde. Er gibt zu bedenken, dass viele Geschäfte telefonisch abgewickelt werden und dass zwei Stunden pro Tag weniger Zeit zur Verfügung stünden.

Die Herren Egger und Piller erklären, dass von den politischen Parteien keine Kampagne pro Zeitgesetz zu erwarten sei. Hingegen werde die SVP die Vorlage bekämpfen.

Herr Boehringler kommt zum Schluss, dass die Anwesenden grossmehrheitlich die Annahme des Zeitgesetzes befürworten. In einer weiteren Diskussion wird beschlossen, eine Aufklärungsschrift auszuarbeiten, die an alle interessierten Stellen abgegeben werden soll. Diese Aufklärungsschrift soll besonders die negativen Auswirkungen beleuchten, die unserem Lande bei einer Ablehnung erwachsen würden. Herr Boehringler bittet alle Anwesenden, bei der Ausarbeitung mitzuhelfen und ihm bis zum 7. April Beiträge zuzustellen. Weiter schlägt er vor, Zeitungsartikel zu verfassen, um der Schweizerbevölkerung die Folgen einer Ablehnung des Zeitgesetzes vor Augen zu führen.

Schluss der Sitzung 1550 Uhr

Der Protokollführer.

